

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Sabine Keri (ÖVP) und Hannes Taborsky (ÖVP) zu Post Nr. 6 der Tagesordnung für den Gemeinderat am 24.01.2024.

Nein zu Leihmutterschaft

Die Ablehnung der Leihmutterschaft ist politischer Konsens aller im Parlament vertretenen Parteien. Das geht nicht zuletzt aus der Beantwortung von Fragen des Katholischen Familienverbands an alle wahlwerbenden Parteien im Zuge der Nationalratswahl 2019 hervor.

Auf die Frage, ob sie sich für eine Aufrechterhaltung des Verbots der Leihmutterschaft einsetzen würden, gaben die Parteien folgende Antworten:

ÖVP: „Aus unserer Sicht trägt die geltende Rechtslage den medizin-ethischen Standards bestmöglich Rechnung und verhindert, dass die Geburt kommerzialisiert und ein Kind zur Ware wird. Außerdem hält die derzeitige Regelung die Risiken für alle Beteiligten so gering wie möglich und das soll auch weiterhin so bleiben.“

SPÖ: „Die SPÖ lehnt, so wie alle anderen Parlamentsparteien auch, die Leihmutterschaft ab, wobei die Ablehnung der Ausbeutung von Frauen durch Leihmutterschaft im Vordergrund steht.“

NEOS: „Wir sehen vor allem die kommerzielle Leihmutterschaft sehr kritisch und ethisch höchst bedenklich. In Österreich gibt es gute Gründe für ein Verbot, ethischer, medizinischer und vor allem auch rechtlicher Natur.“

Grüne: „Ja. Wir lehnen Leihmutterschaft ab, weil sie unlösbare Probleme für alle Beteiligten schafft. Wir haben aber als Gesellschaft auch sicherzustellen, dass Kinder, die in anderen Ländern von Leihmüttern geboren wurden, in Österreich nicht rechtlich benachteiligt werden.“

FPÖ: „Ja!“

Die menschliche Tragödie, die sich hinter dem internationalen Geschäft der Leihmutterschaft verbirgt, gelangte letztens im August 2023 in Österreich medial an die Öffentlichkeit. Die Krone berichtete über einen „Leihmütterskandal auf Kreta“: *„Die Frauen aus Moldawien, der Ukraine, Georgien, Rumänien und Bulgarien - viele von ihnen Roma - stammen meist aus sehr armen Verhältnissen und wurden mit falschen Versprechungen nach Kreta gelockt. Für gerade einmal 200 bis 600 Euro im Monat mussten sie sich der Prozedur der künstlichen Befruchtung oder den Eizellenspenden mit dafür notwendigen Hormonbehandlungen unterziehen. Im Gegensatz dazu verlangte die Klinik pro Kinderwunsch von Kunden 70.000 bis 100.000 Euro.“*

Frauenministerin Susanne Raab fand dazu klare Worte: *„Der schreckliche Fall von Ausbeutung in einer Klinik auf Kreta führt uns einmal mehr die Abgründe des menschenunwürdigen Leihmütter-Geschäfts vor Augen. Die Leihmutterschaft kann schwere psychische Belastungen bei Leihmüttern auslösen, begünstigt systematische Ausbeutung und Menschenhandel und steht daher im Widerspruch zur Menschenrechtskonvention.“* Weiters fügte sie hinzu: *„In Österreich ist Leihmutterschaft Gott sei Dank verboten, kann aber über das Ausland umgangen werden. Europa muss hier geeint gegen diese Praxis vorgehen und Leihmutterschaft verbieten“*

Die gefertigten Gemeinderäte und Gemeinderätinnen stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschlussantrag:

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für eine Aufrechterhaltung des Verbots der Leihmutterschaft in Österreich und ein geeintes Vorgehen der EU gegen Leihmutterschaft aus.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

24.01.2024

